

## 2. Grundlagen der Rechnungslegung und der Hintergrund zum TAB

### 2.1. Funktionen der kapitalmarktorientierten Rechnungslegung

Eine grundlegende Funktion der kapitalmarktorientierten Rechnungslegung liegt in der Unterstützung eines funktionierenden Kapitalmarkts. Kapitalmarktteilnehmer benötigen für die Einschätzung geplanter Investitionen Informationen. Ohne diese Informationen, welche durch die Rechnungslegung bereitgestellt werden, ist eine Einschätzung bzw. Prognose der Vorteilhaftigkeit geplanter Investitionen nur erschwerend möglich. In diesem Sinn trägt die Rechnungslegung dazu bei, die Allokationseffizienzfunktion des Kapitalmarkts zu unterstützen.<sup>26</sup> Diese rekurriert sich in dem Ziel, das Kapital in die bestmögliche Investition zu lenken und somit den zukünftigen Zahlungsstrom zu optimieren.<sup>27</sup> Für die Rechnungslegung ist es daher unabdingbar, mit Hilfe der entsprechenden Rechnungslegungsstandards manipulationsfreie Informationsvermittlung zu gewährleisten.

Neben dieser Funktion hat die kapitalmarktorientierte Rechnungslegung ebenfalls zum Ziel, Agency-Konflikte zu vermindern. Diese resultieren aus der Prinzipal-Agenten-Beziehung, wobei dem Investor die Funktion des Prinzipals und dem Management die des Agenten zukommt.<sup>28</sup> Investoren überlassen dabei das investierte Kapital dem Management im Vertrauen darauf, dass dieses das Kapital möglichst renditeoptimierend einsetzt. Folglich besteht für das Management aufgrund von Informationsasymmetrien der Anreiz, das von den Investoren überlassene Kapital nicht optimal einzusetzen. Dieser Moral Hazard kann z.B. durch überhöhte Lohnzahlungen an das Management infolge einer zu positiven Darstellung des Jahresabschlusses zum Ausdruck kommen.<sup>29</sup> Die Investoren sind daher schutzbedürftig.<sup>30</sup> Die Rechnungslegung übernimmt in die-

---

<sup>26</sup> Voraussetzung der Allokationseffizienz ist die Informationseffizienz von Kapitalmärkten. Grundlegende Untersuchungen bietet Fama (1970), S. 415: Er stellt fest, dass die Informationseffizienz in drei Hierarchien differenziert werden kann: Die strenge, halbstrenge und schwache Informationseffizienz. Dabei werden bei Kapitalmärkten mit halbstrenger Informationseffizienz bereits alle öffentlich verfügbaren Informationen verwendet, insbesondere Rechnungslegungsinformationen.

<sup>27</sup> Vgl. Moxter (1966), S. 38.

<sup>28</sup> Grundlegende Untersuchungen zu den Agency Problematiken bietet Jensen/Meckling (1976), S. 308.

<sup>29</sup> Dabei existieren neben eigenkapitalbedingten auch fremdkapitalbedingte Agency-Probleme. Um an bessere Kreditkonditionen zu gelangen, kann das Management versuchen, mit Hilfe einer positiveren Darstellung der Bilanz Debt Covenants zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Siehe hierzu Kapitel 3.2.3.1.2.

<sup>30</sup> Vgl. Moxter (2003), S. 5-6.

ser Beziehung auch eine Rechenschaftsfunktion und kann Agency-Problematiken eindämmen, indem sie das Management verpflichtet, die Eigentümer über die Verwendung ihres Vermögens zu informieren (sog. Stewardship<sup>31</sup>).<sup>32</sup>

Dem entgegen verursacht die Erstellung von Rechnungslegungsinformationen Kosten. Insofern entsteht eine wechselseitige Beziehung zwischen den Kosten für die Generierung und dem Nutzen von Rechnungslegungsinformationen. Auch ist nicht immer garantiert, dass die Vorgabe eines allgemeinen Standardwerks den zu präferierenden Interessensaustausch zwischen den Vertragsparteien zur Folge hat.<sup>33</sup> Erschwert wird diese Problematik durch die Tatsache, dass kapitalmarktorientierte Unternehmen eine Vielzahl von beteiligten Personen mit Informationen versorgen müssen. Deren Interessen sind, wenn überhaupt, nur in Ausnahmefällen vollständig gleichgerichtet. Zwangsläufig muss die Rechnungslegung mit dem Nachteil, nicht allen Interessenten gerecht zu werden, an einer Interessengruppe ausgerichtet werden. Im Rahmen der kapitalmarktorientierten Rechnungslegung rücken dabei die professionellen Investoren bzw. Eigenkapitalgeber in den Vordergrund, da diese aus Sicht des Kapitalmarkts besonders informationsbedürftig sind.<sup>34</sup> In diesem Zusammenhang ist einerseits die Funktion prognosefähige Informationen darzustellen, andererseits die Funktion der Rechenschaft zu erfüllen. Die Prognose von Daten beinhaltet jedoch immer ein nicht zu unterschätzendes Mass an Annahmen. Somit werden Ermessensspielräume für den Bilanzersteller eröffnet, welche die Verlässlichkeit begrenzen. An diesem Punkt muss die Rechenschaftsfunktion eingreifen, um eine ausreichende Verlässlichkeit zu garantieren. Schliesslich kann nur durch die Begrenzung von Ermessensspielräumen und einer objektiv nachprüfaren Jahresabschlusserstellung gewährleistet werden, dass Informationen aus der Rechnungslegung nützlich sind.<sup>35</sup>

---

<sup>31</sup> Der Begriff Stewardship wird in der Literatur nicht einheitlich verwendet, für detaillierte Ausführungen siehe Berndt (2005), S. 19.

<sup>32</sup> Ohne Rechenschaftsfunktion würden Investoren den potenziellen Anreiz des Managements, das Unternehmen besser darzustellen als es tatsächlich ist, antizipieren und einpreisen. Für die Übernahme dieses Risikos erhöhen die Investoren ihre Risikoprämie mit der Folge sinkender Preise.

<sup>33</sup> Vgl. Berndt (2005), S. 26.

<sup>34</sup> Siehe zur Überarbeitung des Rahmenkonzepts und des Adressatenkreises Fn. 37 und Fn. 42.

<sup>35</sup> Vgl. Lopatta (2006), S. 12.

## 2.2. Normative Grundlagen der IFRS

Das Grundgerüst der IFRS ist massgeblich durch das Zusammenspiel von Rahmenkonzept, Standards und den Interpretationen des IFRIC determiniert.<sup>36</sup> Das Rahmenkonzept beinhaltet die konzeptionellen Grundlagen der IFRS und wird als Deduktionsbasis bei neuen Standards, aber auch zur Unterstützungen bei Anwendungsfragen der IFRS, verwendet.<sup>37</sup> Die Standards beziehen sich auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis einzelner Rechnungslegungsfragen. Die Bedeutung des Rahmenkonzepts ist gegenüber den Standards nachrangig.<sup>38</sup>

Das Rahmenkonzept definiert in diesem Zusammenhang das grundlegende Ziel der IFRS, welches darin besteht: „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Veränderungen in der Vermögens- und Finanzlage eines Unternehmens zu geben, die für einen weiten Adressatenkreis bei dessen wirtschaftlichen Entscheidungen nützlich sind“<sup>39</sup>. Diese Informationen sollen den Adressaten bei der Einschätzung des Potenzials zur Generierung künftiger Cash Flow von Unternehmen unterstützen.<sup>40</sup> Im Weiteren kommt der Informationsfunktion auch die Rechenschaftsfunktion hinzu, da der Jahresabschluss über die Ergebnisse des Handelns des Managements und die Verantwortung über das ihm anvertraute Kapital dokumentieren soll.<sup>41</sup>

Unabhängig von dem im Rahmenkonzept zunächst weit definierten Adressatenkreis kanalisieren die IFRS auf die Gruppe der Investoren. Die Rechnungslegung kann, wie bereits ausgeführt, nicht die Informationsbedürfnisse aller Adressaten erfüllen. Insofern ist die Kanalisierung auf eine Gruppe des weiten Adressatenkreises, deren Informationsbedürfnisse meist deckungsgleich mit denjenigen der anderen Adressaten sind,

<sup>36</sup> Siehe Achleitner/Behr/Schäfer (2009), S. 50: Hierbei wird von einer dreistufigen Ordnung gesprochen.

<sup>37</sup> Das Rahmenkonzept befindet sich derzeit in einer fundamentalen Überarbeitung zum sog. Conceptual Framework. Im Rahmen des Conceptual Framework wurden bis dato Kapitel eins „The objective of financial reporting“ und Kapitel drei „Qualitative characteristics of useful financial information“ veröffentlicht. Da der Überarbeitungsprozess noch nicht abgeschlossen ist und weitere Änderungen zu erwarten sind, stehen zunächst die Regelungen des Framework i.d.F. von 1989 im Mittelpunkt. Unabhängig davon wird auch auf die Neuerungen des Conceptual Framework hingewiesen.

<sup>38</sup> Vgl. F. 2.

<sup>39</sup> F. 12. Das Conceptual Framework OB 2 präzisiert den Adressatenkreis innerhalb der Zieldefinition: „to provide financial information about the reporting entity that is useful to existing and potential investors, lenders and other creditors in making decisions about providing resources to the entity.“

<sup>40</sup> Vgl. IAS 1.71.

<sup>41</sup> Vgl. F. 14. Die Elemente der Informationsvermittlung im Jahresabschluss sind die Bilanz, zur Darstellung der Vermögens- und Finanzlage; die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Segmentberichterstattung zur Darstellung der Ertragskraft; die Kapitalflussrechnung zur Ableitung des Cash Flow; und letztendlich der Anhang für weitere Erläuterungen (F. 19 und F. 21).

zweckmässig. Die IFRS Rechnungslegung postuliert derweil, dass die Gruppe der Investoren diese Annahme am besten zu erfüllen vermag, da sie Risikokapitalgeber ist.<sup>42</sup>

### 2.2.1. Anforderungen der IFRS an entscheidungsrelevante Information

Um dem obersten Gebot der Vermittlung entscheidungsrelevanter Informationen gerecht zu werden, fordert das Rahmenkonzept bestimmte Rechnungslegungsprinzipien. Dabei handelt es sich um die Prinzipien der Unternehmensfortführung (Going Concern) und der periodengerechten Gewinnermittlung (Accrual). Ersteres trifft die Annahme, dass die Geschäftstätigkeit des Unternehmens auf absehbare Zeit fortbestehen wird. Erst wenn das Management eine Unternehmensauflösung plant, gilt das Prinzip als nicht erfüllt. Insofern werden Vermögenswerte und Schulden zu fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert, da ihre zukünftige Verwendung als sicher gilt und der aus der Verwendung resultierende Nutzen nicht unter diesem Wert liegt.<sup>43</sup> Der Jahresabschluss nach IFRS folgt im Weiteren keiner Einnahmen-Ausgaben-Rechnung. Insofern fordert das zweite Prinzip die periodengerechte Bildung von Aufwendungen und Erträgen.<sup>44</sup>

Neben den zwei Prinzipien formuliert das Rahmenkonzept vier qualitative Anforderungen zur Sicherung der Informationsvermittlung. Zu diesen zählen gem. Rahmenkonzept die Verständlichkeit, die Relevanz, die Verlässlichkeit und die Vergleichbarkeit. Neben diesen vier Primärgrundsätzen existieren teilweise Sekundärgrundsätze und Nebenbedingungen.<sup>45</sup>

Der Primärgrundsatz der Verständlichkeit obliegt der Annahme, dass der typische Adressat über angemessene Rechnungslegungs- und ökonomische Kenntnisse verfügt. Mit diesen soll es ihm bei entsprechender Sorgfalt möglich sein, die Informationen aus dem Jahresabschluss leicht zu verstehen. Jedoch berechtigt der Grundsatz nicht, kom-

<sup>42</sup> Vgl. F. 10; Jacobi kritisiert diese Unterstellung. Siehe Jacobi (2003), S. 54-55. Das Conceptual Framework BC 1.16 spricht künftig von potenziellen und gegenwärtigen Investoren, Kreditgebern und Gläubigern, da diese die Rechnungslegungsinformationen am dringendsten benötigen (Fn. 39).

<sup>43</sup> Vgl. Pellens et al. (2011), S. 122.

<sup>44</sup> Siehe sog. Matching Principle F. 95. Im Rahmen des Conceptual Framework wird die Periodenabgrenzung künftig nicht mehr explizit als grundlegendes Rechnungslegungsprinzip behandelt. Im Gegensatz dazu bildet das „Going Concern“ gem. Conceptual Framework 4.1 eine notwendige Annahme zur Abschlusserstellung.

<sup>45</sup> Conceptual Framework QC 4 fasst die vier Primärgrundsätze künftig innerhalb der Begriffe „Faithful Representation“ und „Relevance“ zusammen.

plexe und relevante Sachverhalte aufgrund der Tatsache, dass diese schwer verständlich sein könnten, zu eliminieren.<sup>46</sup>

Die Relevanz stellt auf die Fähigkeit einer Information ab, eine Erwartungsänderung beim Adressaten zu verursachen. In diesem Sinne tangiert die Erwartungsänderung die wirtschaftliche Entscheidung des Adressaten. Hiervon ist auszugehen, wenn die Information bei der Beurteilung vergangener, aktueller oder künftiger Ereignisse hilfreich ist. Im Weiteren kann die Information auch einen vergangenen Wert bestätigen oder korrigieren bzw. Hinweise auf die Fähigkeit des Unternehmens geben, ungünstige Situationen zu bewältigen.<sup>47</sup> Verfolgt man diesen Gedanken akribisch weiter, wäre eine Vielzahl an unternehmensinternen Informationen relevant, deren Veröffentlichung sowohl aus Wettbewerbs- als auch Kostenaspekten nicht zielführend erscheint.<sup>48</sup> Aus diesem Grund wird der Primärgrundsatz der Relevanz mit dem Sekundärgrundsatz der Wesentlichkeit ergänzt und relativiert. Insofern sind fehlende bzw. fehlerhafte Informationen in Abhängigkeit von ihrer Grösse und Auswirkung auf zentrale Grössen der Bilanz als wesentlich einzustufen, wenn sie die wirtschaftlichen Entscheidungen des Adressaten beeinflussen.<sup>49</sup>

Eng verbunden mit dem Grundsatz der Relevanz ist der Grundsatz der Verlässlichkeit, welcher durch die Sekundärgrundsätze der glaubwürdigen Darstellung, wirtschaftlichen Betrachtungsweise, Neutralität, Vorsicht und Vollständigkeit ergänzt wird.<sup>50</sup> Generell stuft das Rahmenkonzept Informationen als verlässlich ein, sofern sie frei von materiellen Fehlern und bewusster Verzerrung sind.<sup>51</sup> Eine glaubwürdige Darstellung bedingt in diesem Zusammenhang z.B. die Angabe von Wahrscheinlichkeitsverteilungen sehr unsicherer Werte, um auf Fehlerrisiken hinzuweisen. Dabei besitzt der wirtschaftliche Gehalt der Information Vorrang, sollte er vom rechtlichen abweichen (Substance over Form).<sup>52</sup> Die Neutralität fordert, dass Informationen frei von verzerrenden

<sup>46</sup> Vgl. F. 25. Innerhalb des Conceptual Framework QC 30-32 stellt die Verständlichkeit künftig einen Sekundärgrundsatz dar. Siehe hierzu Pellens et al. (2011), S. 128.

<sup>47</sup> Vgl. F. 26 u. 27 bzw. Conceptual Framework QC 6-10.

<sup>48</sup> Vgl. Pellens et al. (2011), S. 124.

<sup>49</sup> Vgl. IAS 1.29-31 u. F. 30 bzw. Conceptual Framework QC 11.

<sup>50</sup> Im Rahmen des Conceptual Framework QC 12-16 wird der Grundsatz der Verlässlichkeit nicht mehr explizit angesprochen. Wie oben bereits dargestellt, wird die glaubwürdige Darstellung als „Faithfull Representation“ einen Primärgrundsatz repräsentieren, welcher fehlerfreie, neutrale und vollständige Information fordert.

<sup>51</sup> Vgl. F. 31.

<sup>52</sup> Vgl. F. 35. Conceptual Framework BC 3.25 sieht das Prinzip der „Substance over Form“ hingegen als redundant.

Einflüssen sind, z.B. einer zu positiven Darstellung. Der Sekundärgrundsatz der Vorsicht ist nicht so streng wie im § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB verankerten Imparitätsprinzip geregelt. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die IFRS im Gegensatz zum HGB den Gläubigerschutz nicht als primäres Rechnungslegungsziel einstufen.<sup>53</sup> Die IFRS zielen mit diesem Grundsatz vielmehr darauf ab, bei der Schätzung ungewisser Sachverhalte, ein gewisses Mass an Sorgfalt im Rahmen der Ermessensausübung walten zu lassen. Insofern soll eine Unterbewertung der Aktiva oder eine Überbewertung der Passiva vermieden werden. Der letzte Sekundärgrundsatz beinhaltet die Vollständigkeit. Dieser ist erfüllt, wenn unter Abwägung von Wesentlichkeit und Kosten/Nutzen alle Informationen vollständig abgebildet sind.<sup>54</sup>

Der letzte Primärgrundsatz der qualitativen Anforderungen betrifft die Vergleichbarkeit.<sup>55</sup> Sie hat das Ziel, Jahresabschlüsse interperiodisch und zwischen Unternehmen vergleichbar zu machen. Dies bedingt die stetige Anwendung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Abweichungen davon sind lediglich unter den restriktiven Voraussetzungen des IAS 8.14 zulässig.

Nachfolgend werden die qualitativen Merkmale um drei Nebenbedingungen ergänzt. Die erste Nebenbedingung (Zeitnähe) fordert eine zeitnahe Berichterstattung, welche im Konflikt mit der Zuverlässigkeit von Informationen steht. Schliesslich fordert eine zeitnahe Berichterstattung u.a. die vorzeitige Darstellung von Geschäftsvorfällen, deren Aspekte noch nicht vollständig erfasst werden können.<sup>56</sup> Eine weitere Nebenbedingung betrifft die Abwägung von Kosten und Nutzen der Berichterstellung. Das IASB formuliert im Framework, dass der Nutzen der Berichterstellung die Kosten überwiegen sollte. Diese Formulierung ist jedoch nicht nachprüfbar, da im Gegensatz zu den direkten Kosten der Nutzen der Berichterstattung kaum zu quantifizieren ist.<sup>57</sup> Die letzte Nebendingung fordert eine Ausgewogenheit zwischen den einzelnen qualitativen Anforderungen. Da das IASB keine Gewichtung vorgibt, verbleibt diese Aufgabe beim Bilanzersteller.<sup>58</sup> Insbesondere im Bezug auf das Spannungsverhältnis zwi-

<sup>53</sup> Vgl. Wawrzinek (2009), § 2 Tz. 35-36. Das Conceptual Framework spricht das Sekundärprinzip der Vorsicht künftig nicht mehr an. Siehe hierzu Conceptual Framework BC 3.25.

<sup>54</sup> Vgl. F. 38.

<sup>55</sup> Innerhalb des Conceptual Framework QC 20-25 stellt die Vergleichbarkeit künftig einen Sekundärgrundsatz dar. Siehe hierzu Pellens et al. (2011), S. 128.

<sup>56</sup> Vgl. F. 43. Das Conceptual Framework QC 29 ordnet die Zeitnähe künftig als Sekundärgrundsatz ein.

<sup>57</sup> Vgl. F. 44. Das Conceptual Framework QC 39 spricht künftig von der sog. „Cost Constraint“.

<sup>58</sup> Vgl. F. 45 bzw. Conceptual Framework QC 34. Letzteres behandelt die Abwägung jedoch allgemein und nicht explizit als Nebenbedingung.

schen den Grundsätzen Verlässlichkeit und Relevanz gleicht diese Aufgabe einer nicht zu unterschätzenden Herausforderung.

Letztendlich führt die Beachtung der qualitativen Merkmale und der einschlägigen IFRS Standards zu einem den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens. Das Framework spricht in diesem Zusammenhang vom „True and Fair View“.<sup>59</sup> Jedoch wird gemäss IAS 1.19 auch anerkannt, dass Sonderfälle existieren, in denen sich der Bilanzierende über Einzelregelungen hinwegsetzen muss, um eine Fair Presentation zu gewährleisten. IAS 1.24 setzt für dieses Vorgehen die Voraussetzung, dass die Darstellung eines Sachverhalts derart durch den Standard verzerrt wird, dass der Bilanzadressat zu falschen Entscheidungen kommen kann.

### 2.2.2. Vorgehen bei Regelungslücken

Die Handhabung des IASB von Regelungslücken ist vor dem Hintergrund, dass innerhalb der IFRS keine Regelung zum TAB existiert, von besonderer Bedeutung.<sup>60</sup> Nachfolgend wird daher kurz auf die relevanten Punkte eingegangen.

Grundsätzlich obliegt es dem Management gemäss IAS 8.10 bei fehlenden Standards oder Interpretationen für einen Geschäftsvorfall, welche Bilanzierungs- und Bewertungsmethode sowohl zu entwickeln als auch anzuwenden sind. Eingeschränkt wird dieses freie Postulat durch die Bedingungen, dass das Management bei der Methodenentwicklung die qualitativen Anforderungen des Rahmenkonzepts gewährleisten muss.<sup>61</sup>

Im Weiteren wird eine Hierarchie von Quellen dargestellt, auf die das Management bei der Auslegung von Regelungslücken zurückgreifen kann. Oberste Priorität haben erwartungsgemäss die Standards und Interpretationen, die analog auf den vorliegenden Sachverhalt angewendet werden können.<sup>62</sup> Sollte die Fallanalogie nicht greifen, ist auf zweiter Stufe auf Systemanalogien zurückzugreifen. Diese beziehen sich auf die im Rahmenkonzept befindlichen Definitionen, Erfassungskriterien und Bewertungskonzepte.<sup>63</sup> Auf dritter Stufe werden jüngere Verlautbarungen anderer Standardsetter ge-

---

<sup>59</sup> Vgl. F. 46. Künftig wird der Begriff „True and Fair View“ nicht mehr direkt verwendet sondern gem. Conceptual Framework BC 3.44 als Synonym für relevante und glaubwürdige Informationen eingeordnet.

<sup>60</sup> Die generelle Feststellung des TAB als Regelungslücke wird in Kapitel 3.1.5 behandelt.

<sup>61</sup> Vgl. IAS 8.10 (a) u. (b) und die Ausführungen in 2.2.1.

<sup>62</sup> Vgl. IAS 8.11 (a).

<sup>63</sup> Vgl. IAS 8.11 (b).

nannt, sofern diese ein dem IFRS ähnliches Rahmenkonzept verwenden. Ebenfalls darf auf anerkannte Branchenpraktiken zurückgegriffen werden, sofern diese nicht mit den Analogien aus Stufe 2 kollidieren.<sup>64</sup> Im weiteren Sinne kann auch das Vorwort zu den IFRS als Auslegungshilfe in Anspruch genommen werden, da jeder künftig beschlossene Standard in Zusammenhang mit diesem Vorwort gelesen werden soll. Seine hierarchische Einordnung und Bedeutung wird seitens der IFRS nicht konkretisiert.<sup>65</sup>

Da zum TAB innerhalb der IFRS weder auf der ersten noch auf der zweiten Stufe Handlungsempfehlungen existieren, verbleiben lediglich die Vorschläge der dritten Stufe. In diesem Zusammenhang können z.B. nationale Wirtschaftsprüferinstitutionen bzw. Bewertungskomitees genannt werden. Deren Stellungnahme wird kurz in Kapitel 2.3.2 umrissen und ausführlich mit Hilfe der noch zu erarbeitenden Ergebnisse in Kapitel 7.1 dargestellt und gewürdigt.

### **2.3. Die Grundproblematik des TAB**

Die Grundproblematik des TAB ist grds. auf die Integration von Steuervorteilen bei der kapitalwertorientierten Bewertung immat. Vw. innerhalb der Akquisitionsmethode gem. IFRS 3 revised 2008 (IFRS 3) zurückzuführen. Nachfolgend werden daher die Funktionsweise des TAB innerhalb dieser Bewertungsverfahren und die Diskrepanz zwischen der Steuer und der Rechnungslegung dargestellt, die aus den immat. Vw. resultierenden Abschreibungsvorteile tatsächlich beanspruchen zu können. Um die praktische Relevanz der Thematik zu verdeutlichen, wird der aktuelle Status Quo zum TAB untersucht.

Klar von der Problematik der steuerlichen Abschreibungsvorteile immat. Vw. im Akquisitionserwerb ist der Einzelerwerb zu differenzieren, welcher ausserhalb einer Akquisition stattfindet. Da hier ein realer Erwerbsvorgang immat. Vw. vorliegt, resultieren sowohl im Kontext der Steuern als auch nach IFRS Abschreibungen.<sup>66</sup> Der Ansatz des TAB ist bei Einzelerwerb ausserhalb einer Akquisition überwiegend in beiden Kontexten unproblematisch und wird nicht weiter untersucht.

---

<sup>64</sup> Vgl. IAS 8.12. In Frage kommen z.B. die Verlautbarungen des IDW.

<sup>65</sup> Vgl. Pellens et al. (2011), S. 103.

<sup>66</sup> Siehe hierzu Kapitel 5.1.



### 2.3.1. Der TAB im Kontext kapitalwertorientierter Bewertungsverfahren

Kapitalwertorientierte Bewertungsverfahren erlangen bei der Bewertung immat. Vw. im Rahmen von Unternehmenserwerben immer grössere Bedeutung.<sup>67</sup> Diese Verfahren approximieren den künftigen Zahlungsstrom eines immat. Vw. in Form von Cash Flow (CF) nach Steuern und diskontieren diese mit einem risikoadjustierten Kapitalkostensatz ( $k$ ) zum Barwert der jeweiligen Periode ( $BW_{CF,t}$ ). Aus der Summe der diskontierten Barwerte ergibt sich dann der beizulegende Zeitwert des immat. Vw. ohne TAB ( $FV^{oTAB}$ ).

Dabei entstehen steuerliche Effekte in zwei Phasen. Der immat. Vw. verursacht demnach beim Erwerber durch seinen Mehrwertbeitrag einerseits Steuerbelastungen (Phase 1), andererseits Steuerentlastung aufgrund seines zukünftigen Abschreibungspotenzials (Phase 2).<sup>68</sup> Der Steuereffekt aus Phase 1 wird bereits bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts des immat. Vw. ohne TAB ( $FV^{oTAB}$ ) berücksichtigt, indem die einzelnen Cash Flow um Steuern vermindert werden. Die Bewertung der Steuerentlastung in Phase 2 erfolgt ebenfalls barwertig und liefert den TAB. Die Berechnung der Abschreibungen erfolgt im linearen Fall durch Division des beizulegenden Zeitwerts, welcher den TAB bereits beinhaltet ( $FV^{mTAB}$ ), mit der Nutzungsdauer ( $n$ ). Somit folgt ein Zirkularitätsproblem, da der  $FV^{mTAB}$  selbst das Bewertungsergebnis ist. Diese Problematik kann iterativ gelöst werden.<sup>69</sup> Die Steuervorteile aus den Abschreibungen funktionieren simultan zum Tax Shield aus der Unternehmensbewertung und vermindern die Steuerschuld in Abhängigkeit von der Höhe des Steuersatzes ( $s$ ).<sup>70</sup> In Abbildung 1 werden die Abschreibungen mit dem Steuersatz und anschliessend mit  $(1+k)^{-t}$  multipliziert, um den Barwert der steuerlichen Abschreibungsvorteile (SE) zu bestimmen. Nach Aufsummierung der barwertigen Steuervorteile folgt der Wert des TAB, welcher anschliessend zum beizulegenden Zeitwert ohne TAB ( $FV^{oTAB}$ ) addiert wird. Im Ergebnis entsteht der gesuchte beizulegende Zeitwert inklusive TAB ( $FV^{mTAB}$ ):

<sup>67</sup> Vgl. Günther/Ott (2008), S. 926; Beine/Lopatta (2008), S. 470.

<sup>68</sup> Siehe hierzu Abbildung 1.

<sup>69</sup> Eine ausführliche Darstellung findet sich in Kapitel 6.1.1.

<sup>70</sup> Vgl. Mard et al. (2002), S. 46.

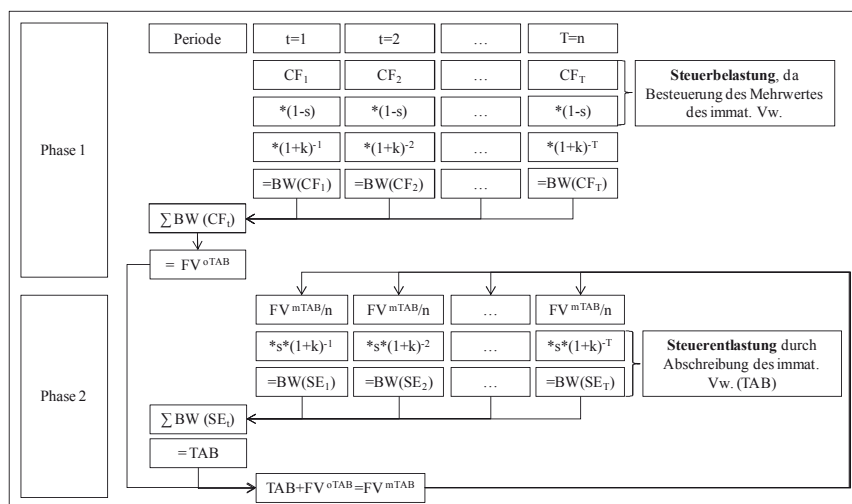


Abbildung 1: Steuereffekte bei kapitalwertorientierten Bewertungsverfahren

Quelle: Eigene Darstellung

Der Wert des TAB variiert dabei durch das Zusammenspiel der Variablen Steuersatz, Nutzungsdauer, Kapitalkostensatz, der Ausgangsgrösse  $FV^{oTAB}$  und der Art der Abschreibungsmethode. Die Auswirkungen der einzelnen Variablen und die Berechnung des TAB werden in Kapitel 6 ausführlich untersucht. Dabei wird im Rahmen des Gesamtbewertungskontexts auch auf den Steuerbelastungseffekt eingegangen. Für die Ausführungen dieses Kapitels ist es zunächst zielführend, den TAB als werterhöhende Komponente bei der kapitalwertorientierten Bewertung immat. Vw. einzuordnen.<sup>71</sup>

### 2.3.2. TAB im Kontext von Rechnungslegung und Steuer

Ausgangspunkt der Diskussion zum TAB ist die Diskrepanz der Behandlung von immat. Vw. bei Akquisitionen im Kontext der Steuer und der IFRS Rechnungslegung.<sup>72</sup> Werden immat. Vw. infolge einer Akquisition übernommen, scheint zunächst dem Argument, dass diese in Zukunft Abschreibungen entfalten und somit Steuerentlastungen folgen, nichts entgegen zu stehen. Dies gilt insbesondere im Rahmen der Rechnungslegung. Unabhängig davon mit welcher Transaktionsform die Akquisition strukturiert ist, folgt stets die fiktive Annahme des Einzelerwerbs und somit des Asset Deal.

<sup>71</sup> Der prozentuale Aufschlag wird als Step-up-Faktor subsumiert.

<sup>72</sup> Die steuerliche Betrachtung bezieht sich auf die deutsche Gesetzgebung.

Akquisitionsmethode und Bewertung immaterieller  
Vermögenswerte

Eine interdisziplinäre und gesamtheitliche Betrachtung  
des Tax Amortization Benefit

Jaskolski, T.

2013, XXXVI, 292 S. 38 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01065-2